



Gastvortrag und betonte: „Rangniedrigere Werte haben die Neigung, sich als höhere Werte auszugeben.“ In seiner Rede ging er besonders auf einen der drei Leitbegriffe des Paritätischen ein, auf die Toleranz. Authentische Toleranz sei „kein Feigenblatt hinter dem sich eine moralische Gleichgültigkeit verbirgt“, sondern „ein Miteinander auf Grundlage von Ebenbürtigkeit“. Toleranz sei ein übergreifender Begriff, der auch Respekt mit einschließe. Die Menschenwürde sei das Maß für die Toleranz und ihre Grenzen.

Ulrike Foraci, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, forderte in ihrer Rede die Wohlfahrtsverbände auf, „der Politik auf die Füße zu treten, und zwar so lange, bis es wehtut.“ Das Soziale sei der Kitt des Staates, so Foraci. Die derzeitige Situation der Flüchtlinge sei „eine menschliche Katastrophe“. Der Staat müsse gedrängt werden, genügend Mittel zur Verfügung zu stellen, um sie zu bewältigen.

#### Kooperation und Widerstand

Nach den Input-Referaten am Vormittag diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Regionalkonferenz am Nachmittag im World-Café über per Mehrheitsentscheidung ausgewählte Fragen. „Wie können wir



Dr. Ulrich Schneider

konstruktive Kooperation organisieren?“ hieß das Thema in der ersten Gesprächsrunde. Als Herausforderung wurde dabei gesehen, in der Heterogenität der Mitgliedsorganisationen eine gemeinsame Linie zu finden. Denn, so wurde klar, Kooperation setzt Kompromissbereitschaft voraus. „Mitglieder müssen zusammenhalten – gemeinsam sind wir stark“, lautete eines der Diskussionsergebnisse.

In der zweiten Runde des World-Cafés tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Frage aus „Wie können wir wirksam Widerstand leisten?“ Durch einheitliche Positionen und verbindliche gemeinsame Standards, so eine der Antworten.

Anbieter sollen sich demnach zusammenschließen, um sich gemeinsam Dumping-Preisen in der sozialen Arbeit zu versperren. Als wirksame Widerstandsform wurde auch die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit genannt, die der Paritätische derzeit gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP und mit seinem jährlichen Armutsbericht betreibt. In die Zukunft gerichtet waren die Fragen in der dritten und letzten World-Café-Runde: „Was bringt uns weiter? Wer definiert die Ziele und Maßstäbe, die Kunden oder Dienstleister?“ Die Forderung, die Partizipation der betroffenen Menschen sicherzustellen, zu stärken und zu verbessern, wurde dabei ebenso genannt wie das Ziel, sich der gemeinsamen Werte zu vergewissern und einen Paritätischen Wertekanon zu entwickeln.

Alle Anregungen aus der Mitgliedschaft würden aufgegriffen und am 14. April 2016 bei der Abschlusskonferenz präsentiert, sagte der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands Dr. Ulrich Schneider in seinem Schlusswort. Der Wertedialog wurde in diesem Frühjahr mit einer Umfrage und einer Auftaktkonferenz in Potsdam angestoßen. Weitergeführt wurde er bis Mitte Oktober in vier Regionalkonferenzen bundesweit. Ergebnis werde eine Agenda sein, die handlungsleitend sein werde bei der künftigen Vertretung der Interessen der Mitglieder, so Schneider.

Barbara Helfrich



## Vor allem Respekt

Bei der Regionalkonferenz in Kassel waren die Teilnehmenden aufgefordert, unter sieben Werten denjenigen auszuwählen, der ihnen am wichtigsten ist und sich einen entsprechenden Button anzustecken. Am beliebtesten war dabei der Begriff „Respekt“, gefolgt von „Gerechtigkeit“ und „Widerstand“. Auf Platz vier und fünf folgten „Toleranz“ und „Teilhabe“. Gleich häufig wurden die Buttons mit den Worten „Solidarität“ und „Glaubwürdigkeit“ getragen, für „Partizipation“ entschieden sich die wenigsten Konferenzbesucher.

# Ganztagsbetreuung nicht zum Spartarif

## Qualität in der Grundschulbetreuung sichern

Die Hessische Landesregierung und das Hessische Kultusministerium sollen beim „Pakt für den Nachmittag“ mit den Freien Wohlfahrtsverbänden kooperieren und Inklusion umsetzen. Das fordert die Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe im PARITÄTISCHEN Hessen. Sie schlägt vor, dass beim geplanten Ausbau des Ganztagsangebots an hessischen Grundschulen die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe die Verantwortung für die Durchführung haben sollen. Dieses Konzept wird in Nordrhein-Westfalen bereits seit zehn Jahren mit guten Ergebnissen praktiziert.

### Kooperation auf Augenhöhe

Hintergrund der Forderung ist der „Pakt für den Nachmittag“, mit dem die Hessische Landesregierung künftig eine Betreuung bis 17 Uhr sowie in den Schulferien garantieren will. Bei diesem Projekt müssen Schule und freie Träger der Jugendhilfe aus Sicht des PARITÄTISCHEN Hessen gleichwertige Bildungspartner sein. Eine solche Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist Grundvoraussetzung für eine hochwertige pädagogische Arbeit mit den Kindern, die auch deren Familien einbezieht. So kann eine neue Form der Kooperation beider Bildungsinstitutionen und gegenüber den Eltern eine neue Form der Erziehungspartnerschaft begründet werden. Dafür müssen die Qualitätskriterien und Standards für die Offene Ganztagschule in einer Landesrahmenvereinbarung zwischen dem Land, den Kommunalen Spitzenverbänden und den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege verbindlich und insbesondere für die Eltern transparent festgelegt werden.

Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Hessen sind an vielen Schulen bereits als Träger von Horten, offener Jugendarbeit oder Fördervereinen mit Betreuungskonzepten etabliert. Diese

bewährten Strukturen dürfen nicht zugunsten qualitativ ungenügender Bildungs- und Betreuungsangebote abgebaut werden, wie dies an einigen Schulen bereits zu beobachten ist.

### Inklusion ohne Ressourcenvorbehalt

Die Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe des PARITÄTISCHEN Hessen fordert von der Landesregierung zudem, dass sie beim „Pakt für den Nachmittag“ der UN-Behindertenrechtskonvention umfassend und ohne Ressourcenvorbehalt Rechnung trägt. Bildungs- und Betreuungsangeboten an den Grundschulen müssen nach inklusiven Gesichtspunkten konzipiert werden und allen Kindern offen stehen.

In einem Paritätischen Positionspapier fordert die Fachgruppe die schwarz-grüne Koalition auf, Kindern ein längeres gemeinsames Lernen und Aufwachsen im Rahmen eines Offenen Ganztagskonzeptes von Schule und Jugendhilfe zu ermöglichen. Ziel müsse es sein, die inklusive Bildungs- und Betreuungsqualität zu verbessern und gleichzeitig die Chancengerechtigkeit für alle Kinder zu erhöhen. Ein integriertes Ganztagsangebot von Schule und Kinder- und Jugendhilfe als so genannter „Offener Ganztag“ verbessere auch die Vereinbarkeit von Familien und Beruf, heißt es in dem Positionspapier der Fachgruppe weiter.

### Schule als Lern- und Lebensort

Bei der Umsetzung des Ganztagsprogramms müssen alle relevanten Akteure beteiligt werden – neben dem Land Hessen, den Kommunen und den Eltern zwingend auch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und damit die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe, die im PARITÄTISCHEN Hessen zusammengeschlossen sind.

Der PARITÄTISCHE Hessen ist überzeugt davon, dass Jugendhilfe und



Auch die Nachmittagsbetreuung muss inklusiv sein. Foto: Marta Krajinović

Schule ein gemeinsames Bildungsverständnis entwickeln und einen übergreifenden Bildungsbegriff formulieren müssen, damit Familie, Kita und Schule nicht versäulte und voneinander getrennte Bildungssysteme bleiben.

„Schule ist in einem Konzept der Offenen Ganztagschule als Lern- und Lebensort von Kindern zu entwickeln“, so Marek Körner, Referent für Kinder- und Jugendhilfe beim PARITÄTISCHEN Hessen. Hierfür wird sich der PARITÄTISCHE in der Steuerungsgruppe des „Paktes für den Nachmittag“ im Hessischen Kultusministerium einsetzen, in die Marek Körner als Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschuss berufen wurde. Er betont: „Die öffentliche und freie Kinder- und Jugendhilfe darf nicht auf den Part reduziert werden, die Hausaufgabenbetreuung für die Schulen sicherzustellen oder im Sinne eines Ausfallbürgen rein schulbezogene Betreuungen umzusetzen.“

bhe

# Grauzone Schulassistentenz

Fachgespräche mit Trägern, Integrationshelferinnen, Eltern und Schule beim PARITÄTISCHEN Hessen



Inklusiver Unterricht an der Sophie-Scholl-Schule in Gießen.  
Foto: Marta Krajinovic

Sie unterstützen und begleiten Kinder mit besonderem Förderbedarf in der Regelschule, sollen ihre Selbstständigkeit und Aktivität fördern. Doch vieles in ihrem Arbeitsfeld ist noch unklar, beliebig und vage. Das fängt schon bei der Begrifflichkeit an: Inklusionshilfe, Integrationshilfe, Schulassistentenz und Schulbegleitung – viele Tätigkeitsbezeichnungen sind im Umlauf.

Zwar ist Hessen im Ländervergleich noch immer Schlusslicht bei der schulischen Inklusion – nur 21,5 Prozent der Kinder mit Förderbedarf besuchen laut aktueller Statistik eine Regelschule. Doch immerhin hat sich dieser Anteil seit 2009 verdoppelt und wird weiter steigen. Damit wächst auch die Zahl der Schulassistenten stetig. Qualitätsstandards fehlen jedoch bisher ebenso wie einheitliche rechtliche Grundlagen und eine klare Rollenverteilung zwischen Schulassistentinnen und Schulassistenten auf der einen Seite und Lehrerinnen und Lehrern auf der anderen.

Das war für den PARITÄTISCHEN Hessen Anlass, zu einem fach- und institutionenübergreifenden Fachgespräch einzuladen. Vertreterinnen und Vertreter von Trägern und Schule tauschten sich dabei aus mit Schulassistentinnen und Müttern, deren Kinder Schulassistentenz nutzen. Anschlie-

ßend wurde das Thema vertieft bei einem Treffen mit Trägern und in der Projektgruppe Inklusion, die das Schwerpunktthema Inklusion begleitet, das sich der PARITÄTISCHE Hessen 2012 gesetzt hat.

Ein Ergebnis des Austauschs ist die Forderung nach einer rechtlichen Vereinheitlichung: Schulassistentenz kann sich derzeit je nach Bedarf aus unterschiedlichen Sozialgesetzbüchern ableiten – meist ist sie eine Leistung der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) oder der Eingliederungshilfe (SGB XII). Aus Sicht des PARITÄTISCHEN Hessen sollten alle Ansprüche von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung im SGB VIII gebündelt werden.

## Unklare Rollen

Zudem sollten Hilfeplankonferenzen fester Bestandteil einer jeden Schulassistentenz sein – dass sich Schule, Sozial- und Jugendämter und Träger sowie Eltern und Kinder regelmäßig treffen, ist noch längst nicht selbstverständlich. Im Rahmen dieser Hilfeplankonferenzen sollten Ziele formuliert und auch die Aufgaben aller Beteiligten klar benannt und abgegrenzt werden. Bisher sind die Rollen zwischen Lehrkräften und Schulassistentenz oft unklar, was häufig zu Konflikten führt. Statt einer kollegialen Zusammenarbeit auf Augenhöhe gibt es häu-

fig ein Kompetenzgerangel. Bei den Fachgesprächen wurde sogar berichtet, dass ein Schulassistent aufgefördert wurde, den Schulhof zu säubern. Träger und Eltern beklagten auch, dass es oft sehr lange dauert, bis eine Schulassistentenz bewilligt wird. Gesetzlich vorgeschriebene Fristen werden dabei häufig nicht eingehalten.

## Eckpunktepapier entworfen

In dem Eckpunktepapier, das der PARITÄTISCHE Hessen auf Basis der Fachgespräche entworfen hat, ist auch die Forderung festgeschrieben, dass die Schulassistentenz sich nicht nur auf die Unterrichtsstunden beschränken soll. Auch bei freiwilligen Ganztagsangeboten, Arbeitsgruppen am Nachmittag und im Hort sollten Kinder ihre Schulassistentenz an ihrer Seite haben. Um besser in den schulischen Ablauf eingebunden zu sein, sollten Schulassistentinnen und Schulassistenten in der Schule auch an Teamsitzungen und Konferenzen teilnehmen können, und zwar innerhalb ihrer bezahlten Arbeitszeit.

In der Schulassistentenz werden derzeit sowohl Fachkräfte eingesetzt als auch Personen ohne pädagogische Ausbildung. Viele Träger von Schulassistentenz bieten für Nicht-Fachkräfte interne berufsbegleitende Fortbildungen an, die jedoch bisher sehr unterschiedlich in Umfang und Themenauswahl sind. Hier sind aus Sicht des PARITÄTISCHEN Hessen einheitliche Grundstandards nötig. Um die Schulassistentenz aus der Grauzone zu holen und die Wertschätzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu steigern, wäre eine bundesweit anerkannte Fachkraftausbildung wünschenswert. Damit Schulassistentenz gelingt, sollten aber auch für Lehrkräfte Fortbildungen angeboten werden. Mögliche Themen könnten dabei Informationen über Behinderungsformen und deren individuelle Ausprägung sein sowie die Kommunikation und Kooperation im Rahmen einer multiprofessionellen Unterrichtsgestaltung.

bhe